



Europa Newsletter

Sabine Verheyen
Ihre CDU-Europaabgeordnete

November 2022

Diese Woche hat das Europäische Parlament seinen 70. Geburtstag gefeiert. Außerdem wurden eine Reihe neuer Vorhaben beschlossen. Unter anderem ging es um den Weg der EU in die digitale Dekade.

Aus dem Plenum

Politikprogramm für 2030 „Weg in die digitale Dekade“

Die Europäische Union darf sich bei der Digitalisierung nicht abhängen lassen. Der Aufbruch Europas in die Digitale Dekade ist überfällig, wenn wir global mithalten wollen. Doch es ist entscheidend, dass neben den technischen Voraussetzungen die Menschen dafür bereitgemacht und mitgenommen werden. Die so genannte Digital Literacy wird in der Zukunft zu den wichtigsten Fähigkeiten gehören, die sowohl im alltäglichen Leben als auch im Arbeitsmarkt gebraucht werden. Um das bei möglichst vielen Menschen zu erreichen, gilt der Grundsatz: first Teach-the-Teacher.

Zunächst brauchen wir ausgebildetes Personal, welches das Wissen weitergeben kann. Sonst kann die grundlegende Digitalisierung der Bevölkerung nicht gelingen. Das betrifft nicht nur das Lehrpersonal in den Schulen, sondern auch das für Weiterbildungen. Für den Erfolg der Digitalisierung wird es entscheidend sein, dass kein Mensch zurückgelassen wird, egal welcher Altersklasse. Dazu müssen drei Punkte erfüllt sein. Erstens, das Lehrpersonal muss weitergebildet werden. Zweitens, lebenslanges Lernen muss gefördert werden und drittens muss an Schulen die nötige digitale Infrastruktur geschaffen werden.

[Lesen Sie den Beitrag hier weiter.](#)

Umsetzung des Rechtsstaatlichkeitskonditionalitätsmechanismus in Ungarn

Es darf keine faulen Kompromisse bei der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn geben. Die bislang zurückgehaltenen 7-8 Milliarden Euro an EU-Mitteln aus dem EU-Corona-Wiederaufbaufonds dürfen erst dann an Ungarn ausbezahlt werden, wenn die Regierung glaubhafte und tiefgreifende Veränderungen vorgenommen hat. Es muss sich etwas ändern bei den Problemen hinsichtlich Korruptionsbekämpfung, Interessenskonflikten und dem Empfängerkreis von EU-Fördermitteln in Ungarn.

Die EU hat ein gutes Druckmittel: Die wirtschaftliche Situation in Ungarn spitzt sich durch die hohe Inflation immer weiter zu und die Regierung von Viktor Orbán ist dringend auf europäische Finanzhilfen angewiesen. Dies erklärt auch die Bewegung, zu der Ungarn zuletzt bereit war. Das darf aber kein Lippenbekenntnis bleiben und es reicht nicht, wenn der Forderungskatalog der Kommission nur auf dem Papier erfüllt wird. Die Kommission muss unbedingt sicherstellen, dass die von Ungarn getroffenen Maßnahmen ihren Zweck erfüllen. Im Europäischen Parlament werden wir sie daran weiterhin erinnern.

[Erfahren Sie hier mehr.](#)

Vermächtnis Europäisches Jahr der Jugend

Das Europäische Jahr der Jugend war die richtige Initiative zur richtigen Zeit. Während der Corona-Pandemie wurde den jungen Menschen besonders viel abverlangt und sie mussten sich solidarisch zeigen. Es war deswegen nur angemessen, dass wir sie 2022 zur Priorität gemacht haben. Durch das beschleunigte Verfahren konnte das Europäische Jahr der Jugend nicht sein volles Potential bis zur Basis entfalten.

Trotzdem war der Austausch mit jungen Menschen ausgesprochen lehrreich. Sie haben zum Ausdruck gemacht was sie bewegt oder welche Wünsche sie an die Politik haben. Das Jahr darf kein Strohfeuer sein, das am 31. Dezember verlischt. Das Jahr darf nicht nur ein „Nice to Have“ sein. Es muss ein langfristiges Vermächtnis haben, denn es braucht eine echte politische Beteiligung junger Menschen. Dafür müssen wir den Input der jungen Menschen aufnehmen und Strukturen für mehr Beteiligung schaffen.

[Lesen Sie den Beitrag hier weiter.](#)

Das EP stuft Russland als dem Terrorismus Vorschub leistenden Staat ein

Das Europäische Parlament stuft Russland als dem Terrorismus Vorschub leistenden Staat und als terroristische Mittel einsetzender Staat ein. Die heutige EntschlieÙung trägt den vorsätzlichen Angriffen und Gräueltaten der Russischen Föderation gegen die Zivilbevölkerung der Ukraine Rechnung. Die Zerstörung ziviler Infrastruktur und schwerwiegende Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts erfüllen den Tatbestand von Terror und Kriegsverbrechen. Unsere Sprache ist an die Realität angepasst: Russland begeht Terror. Das muss klar beim Namen genannt werden.

Die Europäische Kommission muss einen Vorschlag liefern, um aus dieser Tatsache rechtssichere Konsequenzen ziehen zu können: für die politischen und administrativen Stützen des russischen Regimes, Oligarchen und das im Ausland eingefrorene Staatsvermögen. Mit der Erklärung unterstützt das Europäische Parlament auch diejenigen Kräfte in Russland, die den Kurs des Regimes beenden und ihr Land als friedlichen Partner in die internationale Gemeinschaft zurückführen wollen.

[Erfahren Sie hier mehr.](#)

Gaspreisdeckel und Energiebinnenmarkt

Schon vor dem Krieg in der Ukraine wurden die Debatten um die hohen Energiepreise in Europa leidenschaftlich geführt. Der Krieg hat die Situation noch einmal verschärft. Millionen Bürgerinnen und Bürger warten darauf, dass die Politik effektive Maßnahmen ergreift, die dem Anstieg der Energiepreise Einhalt bieten und gleichzeitig die Versorgungssicherheit nicht gefährden.

Nun folgt ein weiteres EU-Energieministertreffen - mit offenem Ausgang. Es ist ein Armutszeugnis, dass sich die EU-Mitgliedstaaten bis heute nicht auf eine einheitliche Herangehensweise einigen konnten. Die deutsche Bundesregierung hat daran eine gehörige Mitschuld. Die großspurig als „Doppewumms“ angekündigten Maßnahmen haben nicht zur Vertrauensbildung in Europa beigetragen. Unabhängig von allen diskutierten kurzfristigen Lösungen wie einem möglichen Gaspreisdeckel zeigt die jetzige Situation, wieviel energiepolitisch in Europa in den letzten Jahren versäumt wurde. Europa braucht endlich einen echten Energiebinnenmarkt, mit den entsprechenden Investitionen in die Infrastruktur. Wir brauchen mehr Interkonnektoren zwischen den Mitgliedstaaten, um die Preise niedrig und Unternehmen wettbewerbsfähig zu halten. Die Mitgliedstaaten verfügen also über die Schlüssel, um das uns derzeit lähmende energiepolitische Inseltum ein für alle Mal zu beenden.

[Lesen Sie den Beitrag hier weiter.](#)

Europäische Lösung für Asyl, Migration und Seenotrettung

Wir brauchen für Asyl, Migration und Seenotrettung dringend eine gemeinsame europäische Lösung. Öffentliche Kämpfe, wie sie zuletzt zwischen Italien und Frankreich um die im Mittelmeer aufgegriffenen Migranten entbrannt sind, bringen Europa nicht voran und vergiften lediglich das Klima.

Eine europäische Lösung muss zwei Aspekte kombinieren. Zum einen eine strenge und starke Grenzkontrolle mit Hilfe der Grenzschutz-Agentur Frontex. Staatliche Behörden, nicht die Schleuser, müssen entscheiden, wer die europäischen Grenzen überschreiten darf. Zum anderen brauchen wir mehr europäische Solidarität: Länder, in denen die meisten Menschen ankommen, wie Italien und Griechenland, dürfen nicht allein gelassen werden. Schuldzuweisungen, laute und aggressive Erklärungen bringen uns nicht weiter. Echte Solidarität und gemeinsame Verantwortung sind der Schlüssel, für eine gemeinsame europäische Migrationspolitik.

[Erfahren Sie hier mehr.](#)

Ausschreibungen

Nachhaltige Stadtentwicklung

Im Rahmen der Europäischen Stadtinitiative stellt die Europäische Kommission für innovative Projekte im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung eine Förderung von 50 Millionen Euro bereit. Zielsetzung der Projekte sollte sein, einen Wandel in den Städten auszulösen, Investitionen zu generieren und andere kohäsionspolitische Projekte anzuregen. Mit der Aufforderung sollen zudem zentrale Werte des „Neuen Europäischen Bauhauses“ (NEB) umgesetzt werden: Ästhetik, Nachhaltigkeit und Inklusion. Einreichungsfrist ist der 19. Januar 2023.

[Erfahren Sie hier mehr über die Ausschreibung.](#)

Richeza-Preis 2022/2023

Nordrhein-Westfalen und Polen sind historisch und gesellschaftlich tief miteinander verbunden. Von der Arbeitsmigration im 19. Jahrhundert über die Zuwanderung in den 70er und 80er Jahren bis hin zu den heute hier lebenden 650.000 Menschen polnischer Herkunft haben Polinnen und Polen Nordrhein-Westfalens Identität geprägt und prägen sie auch gegenwärtig. Zahlreiche Vereine, Kultureinrichtungen und Initiativen belegen dies. Die Landesregierung würdigt diese besondere Verbundenheit seit 2009 mit dem Richeza-Preis, der nach der aus dem Rheinland stammenden Königin Polens benannt ist. In diesem Jahr wird der Blick auf das deutsch-polnische Engagement zur Unterstützung der Ukraine gerichtet. Der Richeza-Preis 2022/2023 zeichnet Projekte aus, die sich dem Thema „Nordrhein-Westfalen und Polen gemeinsam für die Ukraine“ widmen. Bis zum 15. Januar 2023 können sich Kommunen, Vereine, Verbände, Schulen, sonstige Einrichtungen und Institutionen im Land Nordrhein-Westfalen mit Projekten um ein Preisgeld von bis zu 5.000 Euro bewerben.

[Weitere Informationen erhalten Sie hier.](#)

Sabine Verheyen, Mitglied des Europäischen Parlaments, Europabüro Aachen, Monheimsallee 37, 52062 Aachen. Sie erhalten diese E-Mail, weil Sie Ihre E-Mail-Adresse in unseren Verteiler haben eintragen lassen. Unsere Datenschutzerklärung ist unter folgendem Link verfügbar: <https://www.sabine-verheyen.de/datenschutzerklaerung/>. Zum Abbestellen unseres Newsletters klicken Sie bitte auf folgenden Link: [Abbestellen](#)